

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse
Herausgeber: Schweizerischer Forstverein
Band: 128 (1977)
Heft: 7

Artikel: Zur schweizerischen Forstpolitik
Autor: Schatz, R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-766839>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur schweizerischen Forstpolitik¹

Von R. Schatz, St. Gallen

Oxf.: 903

Ich komme als einer zu Ihnen, der den Wald gern hat, aber nichts von ihm versteht, als einer, der lediglich von der viel zitierten Wohlfahrtsfunktion des Waldes profitiert. Ich fühle mich deshalb einigermaßen deplaciert und bitte Sie zu verzeihen, dass ein weit aussenstehender interessierter Politiker einem Berufszweig nichts Neues bieten kann, dessen Zukunft und Probleme soeben in einem rund 400 Seiten starken Bericht dargestellt wurden. Alles was ich tun kann, ist allenfalls ein paar Akzente setzen.

Ich stelle fest, dass sich meine Vorredner vollkommen einig waren über die Grundsätze, denen eine Forstpolitik in unserem Lande zu gehorchen hat. Sie betonten alle die überragende Funktion der Nachhaltigkeit und stellten fest, dass nur ein naturnaher Waldbau diese Nachhaltigkeit auf ökologische und wirtschaftliche Art sichert. Wenn jemand einen Satz beginnt mit der Feststellung: «Grundsätzlich möchte ich sagen, dass . . .», dann weiss man genau, dass im zweiten Satzteil das «aber» kommt, welches begründen soll, dass man die Grundsätze bereits wieder in Frage stellt. Deshalb möchte ich im folgenden sehr konkret werden und damit beginnen, dass ich Ihnen eine kleine Liste von Phänomenen präsentiere, die mir auffallen und von denen es mir scheint, dass sie in einem gewissen Widerspruch zu den erwähnten Grundsätzen stehen. Es mag dafür gute Gründe geben, die dem Fachmann bekannt, mir aber nicht bekannt sind, und so wage ich, sie Ihnen relativ unbekümmert zu unterbreiten.

1. Was stört einen oberflächlichen Betrachter, wenn er heute unseren Schweizer Wald ansieht?

Wer durch unser Mittelland fährt, sieht da und dort grossflächige Kahlschläge, die nicht durch Windfall verursacht sind und die meiner Meinung nach im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stehen.

Wir sehen ferner grossflächige Aufforstungen in Monokulturen, vor allem in Fichten, die zu einer Verarmung des Waldes und einer Verfinsterung

¹ Referat, gehalten anlässlich der Tagung der Arbeitsgemeinschaft für den Wald vom 26./27. April 1977.

der Landschaft führen, und zwar das ganze Jahr über, vor allem natürlich im Herbst, wenn der Wald seine farbigen Akzente aufsetzt.

Wir sehen viele Wälder, die keinerlei Unterholz aufweisen.

Wir sehen Wälder, in denen alle Bäume das gleiche Alter zu haben scheinen, und wo jede Altersstaffelung fehlt.

Ich habe von Herrn Professor Leibundgut gehört, dass die Erschliessung durch Strassen für eine naturhafte Bewirtschaftung des Waldes nötig ist, aber es scheint mir, dass die Bestrassung oft übertrieben wird, und wir haben Wälder, über die ein engmaschiges Karree von Strassen gezogen ist, das einen an eine Stadt des amerikanischen mittleren Westens erinnert. Wir sehen Waldstrassen, die asphaltiert sind, vor allem in Bergregionen, um die Unterhaltskosten tief zu halten. Das ändert nichts daran, dass sich der Asphalt als deplacierter Fremdkörper auswirkt.

Damit in Zusammenhang steht der Verlust eigentlicher Waldpfade; wir wissen oft kaum mehr, wie ein richtiger Pfad aussieht und betrachten als solchen, was im Grunde genommen eine kleine Strasse ist.

Ich stelle fest, dass der Wald da und dort als Bauland benützt wird, oft in klarem Widerspruch zur gesetzlichen Regelung.

Wir stellen Bauten fest, die keine Waldabstände beachten.

In gewissen Bergregionen ist der Wald völlig verwildert und unzugänglich geworden.

Wir bedauern das Verschwinden der lichten Lärchenwälder mit ihrem einzigartigen Reiz und ihrer leichten Zugänglichkeit.

Wir stellen Ersatzaufforstungen weitab vom Ort der verursachenden Rodung fest.

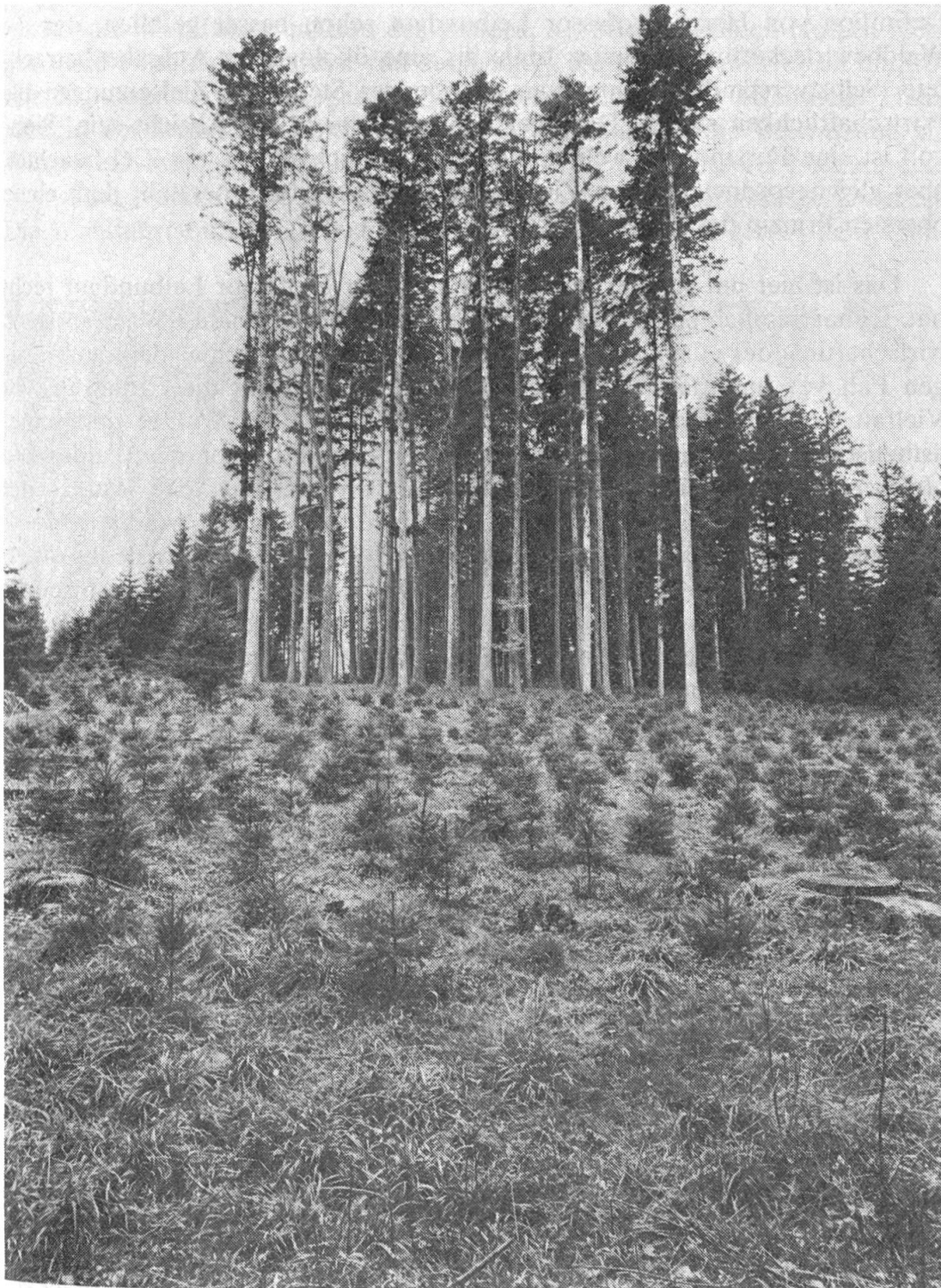
In vielen Wäldern sind umfangreiche Wildschäden augenfällig.

Die Schweiz verarmt zunehmend an kleinen Gehölzen, an Baumgruppen und an naturhaften Hecken, welche alle der Landschaft Vielfalt und Abwechslung geben.

2. Ursachen dieser Mängel

Alle diese Mängel haben eine gemeinsame Ursache: das Geld. Man will zu viel Geld aus dem Wald herausholen, wo man glaubt, die Bewirtschaftung lohne sich, und man will kein Geld in den Wald hineinstecken, wo man glaubt, dass sich die Bewirtschaftung nicht lohnt.

Die offizielle Zielsetzung der schweizerischen Forstwirtschaft ist definiert als: «Die Schaffung und Erhaltung eines Waldzustandes, der eine wirtschaftlich sinnvolle Erfüllung der verschiedenen Funktionen des Waldes erlaubt.» Die Verbindung der Begriffe «wirtschaftlich sinnvoll» ist merkwürdig. Offenbar werden alle die erwähnten «verschiedenen Funktionen» einer einzigen



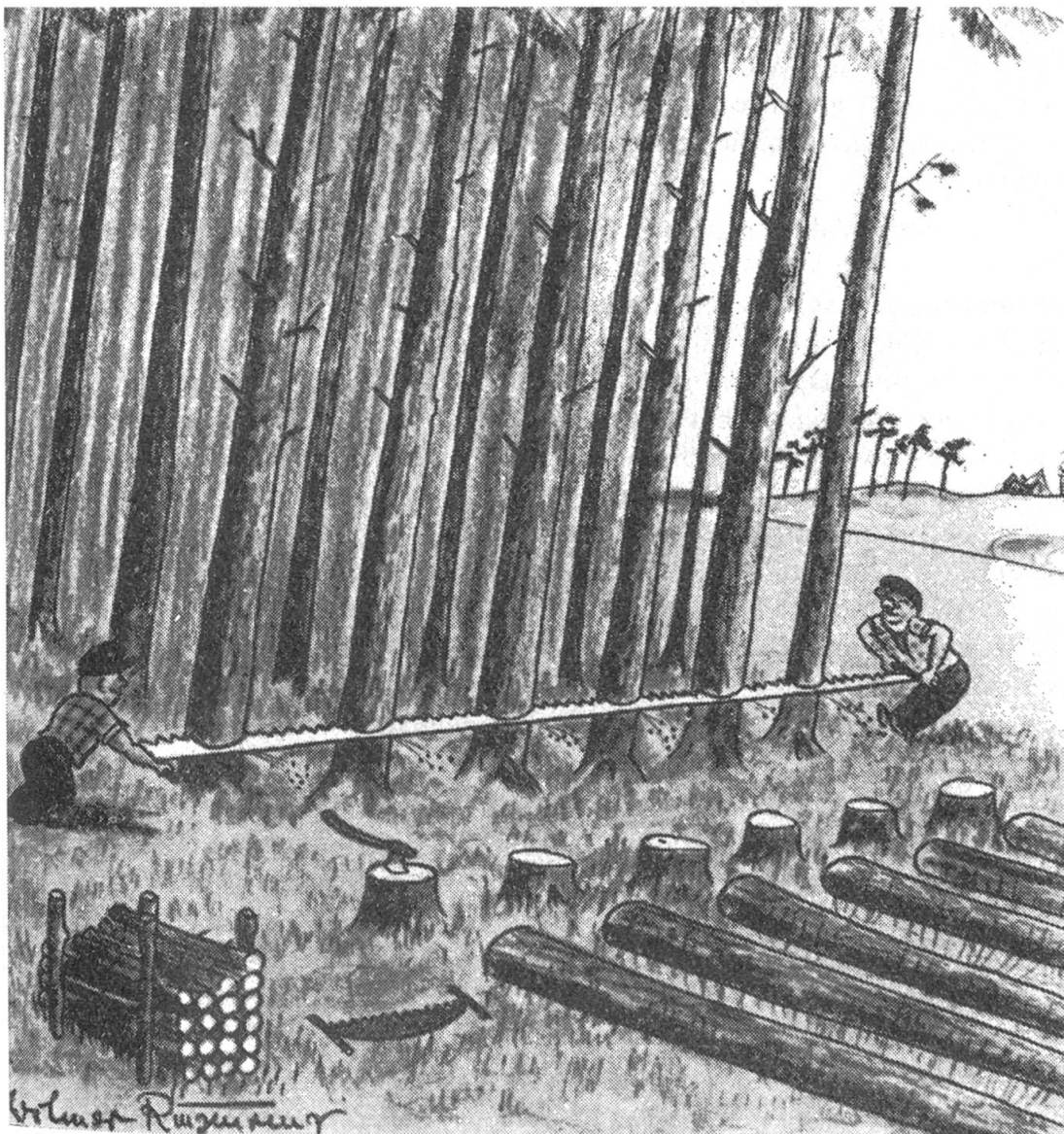
Schroffe kahlschlagweise Verjüngung.
(Photo: Roelli, Forch)

Zielsetzung letzten Endes untergeordnet, nämlich derjenigen des «wirtschaftlich Sinnvollen». Wirtschaftlich heisst gemeinhin, den höchsten materiellen Ertrag mit dem kleinsten materiellen Aufwand herausholen. Da hat mir die Definition von Herrn Professor Leibundgut schon besser gefallen, der die Waldbewirtschaftung in erster Linie als eine ökologische Aufgabe betrachtete. Selbstverständlich kann man an oberster Stelle der Zielsetzungen die Wirtschaftlichkeit stellen. Das aber kann wohl nicht die Absicht sein. Sinnvoll ist eine Forstpolitik, welche die Wirtschaftlichkeit als ein Ziel beachtet, aber gleichgeordnet anderen Zielen und ohne Zweifel unterstellt dem einen obersten Prinzip der Nachhaltigkeit.

Das ist hier um so eher möglich, wenn Herr Professor Leibundgut recht hat. Er hat nämlich gesagt, dass auf lange Sicht ein naturnaher Waldbau auch wirtschaftlich der günstigste Waldbau ist. Wir haben also hier den einzigartigen Fall vor uns, dass nicht-wirtschaftliche Ziele: etwa die Erhaltung der Vielfalt der Landschaft, die Erhaltung der Vielfalt des Waldes und seiner ästhetischen Reize, die Erhaltung der ökologischen Funktion des Waldes *und gleichzeitig* die möglichst kostengünstige Bewirtschaftung des Waldes mit dem gleichen Prinzip des naturnahen Waldbaus verwirklicht werden können. Wer gegen das Prinzip des naturnahen Waldbaus verstösst, der denkt offenbar nicht vom Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, sondern vom Gesichtspunkt der kurzfristigen Rendite aus. Das ist an sich begreiflich. Er teilt diesen Gesichtspunkt mit all seinen Mitbürgern. Trotz aller Zukunftsplanung, trotz allen Blicken in die kommenden Jahrzehnte ist unser wirkliches Handeln in der Regel von den Zielsetzungen der nächsten paar Jahre bestimmt. Wir sind allenfalls bereit, für unsere Kinder auf etwas zu verzichten; wer aber leistet einen Verzicht für seine Enkel? Gerade das wird aber dem Waldbesitzer zugemutet: man verlangt von ihm, dass er fast in säkularen Zeiträumen denkt, dass er heute verzichtet, auf dass die Menschen in 60, ja in 100 Jahren einen gesunden und wirtschaftlich ergiebigen Wald haben. Das ist viel verlangt und zum Teil fast unzumutbar. So ist es denn auch offenbar der Ehrgeiz mancher Forstverwaltungen, in erster Linie eine gute Jahresrechnung hier und heute vorzulegen. Politische Gemeinden, Bürgergemeinden mit bedrängtem Haushalt drängen nach sofortiger Nutzung des Waldes. Oft ist diese Haltung zwar begreiflich, aber doch schizophren. Zwei Drittel des Waldes sind in öffentlicher Hand. Gemeinden und Kantone, die Gewässerschutzanlagen bauen, um die Umwelt intakt zu halten, die Turnhallen erstellen im Dienste der Volksgesundheit, die Gemeindezentren verwirklichen, um der Kultur zu dienen, kurz, die alles tun, um die vielgenannte Lebensqualität zu heben, gehen dann an ihren Wald heran, um möglichst kurzfristig Geld aus ihm herauszuholen, obwohl diese Beiträge in der Regel nicht sehr bedeutend sind. Ich anerkenne durchaus, dass jene, die Erholung und sozialen Nutzen im Wald suchen, oft nicht die Einwohner der betreffenden Gemeinden sind und dass jene, die Opfer bringen und diejenigen, die von diesen Opfern profitieren,

nicht im gleichen politischen Raum wohnen. Trotzdem, da und dort könnte diese Wohlfahrtsfunktion zumutbar besser gewahrt werden.

Aber es bleibt auch festzustellen, dass öffentliche und private Waldbesitzer für die Wohlfahrtsfunktion des Waldes, für seinen sozialen Nutzen nicht genügend entschädigt werden von denjenigen, die von diesem Nutzen mitprofitieren, nämlich von der ganzen Volksgemeinschaft. Die öffentliche Hand zahlt in der Regel nur Beiträge an die Ausbildung, an die Bestrassung, an Wiederaufforstungen; man leistet Beiträge in Richtung besserer Nutzung und zwar einer Nutzung, die nicht nur langfristig und nachhaltig ausgerichtet ist. Die Wohlfahrtsfunktion selbst ist nicht entschädigt. Es ist gewiss keine gün-



Rationalisierungsmöglichkeit in Fichten-Reihenpflanzungen, die den Anhängern dieses Bewirtschaftungssystems vielleicht selbst noch nicht bewusst geworden sind.

stige Zeit, dem Staat zusätzliche Ausgaben aufzubürden. Trotzdem wird dieser Staat zu Recht mit der Forderung konfrontiert, für die Wohlfahrtsfunktion des Waldes zugunsten der Waldbesitzer angemessene Leistungen zu erbringen. In der Gesamtkonzeption für unsere Forstpolitik sind darüber gewisse Vorstellungen entwickelt worden.

Was ist zu tun?

a) Zunächst ist festzustellen, dass die politischen Behörden die Verantwortung für unseren Wald tragen. Unser Forstpolizeigesetz bietet dem Bund und den Organen der öffentlichen Hand überhaupt ganz erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten. Sie müssen sie nur konsequent wahrnehmen.

b) Das oberste Ziel unserer Forstpolitik muss die Wahrung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes sein. Wenn unsere Wissenschaftler recht haben, muss also alles getan werden, dass ein naturnaher Waldbau betrieben wird. Kurzfristige, wirtschaftlich motivierte Nutzung hat keinen Raum in unserer Forstpolitik.

Nur diese Wahrung der Wohlfahrtsfunktion entspricht dem Berufsethos des Försters. Ich sehe den Förster nicht als «akademischen Holzhacker»; er versteht das Ökosystem des Waldes; er versteht auch die technischen Bedürfnisse der Nutzung, aber sein Verständnis und seine Aufgabe sind viel umfassender. In einer Demokratie ist für diese umfassende Funktion die entsprechende Aufklärung zu betreiben. Der Wald steht hoch in der Publikumsgunst, aber das Waldverständnis ist relativ klein. Waldverständnis nicht in dem Sinn, dass man den Wald als Ort des Vitaparcours, als Auslauf für Spaziergänge und allenfalls im Sinn einer beschränkten Baumkunde betrachtet, sondern im Sinn eines Verständnisses für alle die vielfältigen Zusammenhänge. Da wäre noch viel zu tun, und die Organisationen von Natur-, Heimat- und Umweltschutz, die viel für das Verständnis der Öffentlichkeit getan haben, müssen sich auch vermehrt des Waldes annehmen, dessen Fortbestand man als gesichert betrachtet hat und der vielleicht bisher weniger Gegenstand der Aufklärung war als bedrohtere Ökosysteme.

c) Die Wohlfahrtsfunktion des Waldes ist von der Allgemeinheit wenigstens teilweise abzugelten. Ich bin durchaus der Meinung, dass man dem Einzelnen Opfer für die Allgemeinheit zumuten darf; kein Eigentümer hat ein Recht auf Zerstörung seines Eigentums. Es gibt keine Freiheit, die letzten Endes allen schadet. Aber die Einschränkungen haben ihre Grenzen. Niemand hat engere Grenzen als der Waldbesitzer. Und niemand wird weniger für diese Einschränkungen entschädigt.

Abbildung rechts. Plenterwald der Korporation Malters-Schwarzenberg. Im Plenterwald sind alle Altersklassen gemischt und der ganze Luftraum ist von grüner Nadel- und Blattmasse erfüllt. Die Verjüngung des Waldes erfolgt auf natürliche Art. (Photo Institut für Waldbau, ETH Zürich)



d) In diesem Sinn noch folgende Einzelpostulate:

Die *Vielfalt der Landschaft* ist durch eine entsprechende Forstpolitik zu erhalten. Die Landschaft lebt unter anderem von ihrer Gliederung durch den Wald; kleine Gehölze, abwechslungsreiche Waldränder, Hecken und Büsche sind zu erhalten.

Die *Waldqualität* ist zu steigern. Der schönste und offenbar auch gesündeste Wald ist der Plenterwald dort, wo er von der Natur her verwirklicht werden kann. Es ist der Wald mit einer reichen Altersstaffelung der Bäume. Es ist auch der Wald, der nicht durch allzu viele Waldstrassen zerteilt wird, der noch Waldpfade aufweist und in dem auf jeden Fall die Forststrassen keine künstlichen Beläge aufweisen.

Der *Wildbestand* hat sich eindeutig dem Primat der Erhaltung des Waldes unterzuordnen. Jagen ist nötig; ich stelle mir aber vor, dass unsere Jäger sich



Windfallschaden in reinem, gleichaltrigem Rottannenbestand. Die gleichaltrigen, einschichtigen Kunstbestände mit überwiegend flachwurzelnden Rottannen sind wenig standfest, so dass bei starken Stürmen oft grosse Waldflächen umgeworfen werden. Die entstehenden Schäden sind beträchtlich (erschwerter Holzaufkrüftung, viele gebrochene oder zersplitterte Stämme, Holzanfall oft zur Unzeit, grosse Kosten für Wiederbstockung).

(Photo Kant. Hochbauamt Zürich)

ihre Aufgabe etwas prickelnd und interessant gestalten wollen; das ist sicher dann nicht der Fall, wenn ganze Reh- oder Hirschherden vor dem Visier vorbeiziehen. Wildbestände müssen jenes Mass haben, welches der Wald ertragen kann.

Unsere Behörden sind zur absoluten Härte im *Schutz des Waldes gegen seine Benützung als Bauland* aufgerufen. Die gesetzlichen Grundlagen sind klar. Sie müssen mit aller Härte gewahrt werden. Der Gedanke einer Mehrwertabschöpfung im Wald scheint mir überzeugend zu sein; nachdem Wald grundsätzlich kein Bauland ist, soll derjenige, dem aus zwingenden Gründen eine Ausnahme eingeräumt wird, wenigstens keinen wirtschaftlichen Nutzen davon haben. Wer Wald als Bauland benützen kann, hat den Mehrwert an die Öffentlichkeit abzuführen. Um grosse, aber nicht absolute Härte bitte ich die Behörden auch in bezug auf die touristische Erschliessung des Waldes. Rodungen für Skilifte sollen nur ganz ausnahmsweise erteilt werden. Ein dicht bewaldetes Gebiet ohne natürliche Schneisen und Lichtungen ist einfach kein Skigebiet und soll auch nicht durch Rodungen dazu gemacht werden.

Absolut festzuhalten ist an der gesetzlichen Bestimmung, *dass die Waldfläche zu erhalten ist und zwar nicht nur schweizerisch, sondern auch regional und wenn möglich kommunal*; Ersatzaufforstungen haben also in derselben Gemeinde oder doch in derselben Region zu geschehen.

Die Aufforstung von landwirtschaftlichem Brachland muss sinnvoll geplant und mit finanziellen Mitteln ermöglicht werden.

Es scheint mir richtig, dass eine *Bewirtschaftungspflicht* für den Wald eingeführt wird, da offenbar nur ein bewirtschafteter Wald auf lange Sicht gesund bleibt und auch seine ökologische Funktion bestmöglich erfüllen kann. Wenn man diese Forderung stellt, dann müssen aber auch die Mittel dafür bereitgestellt werden. Im übrigen wollen wir dieses Prinzip nicht ins Extrem treiben; da und dort haben auch kleinere urwaldähnliche Gebiete noch ihren Platz, zum mindesten im Sinn von Reservaten.

Forststrassen müssen einem Fahrverbot unterstehen; nichts wirkt störender, als wenn stille Waldstrassen von kreischenden Mofas oder von Autokolonnen befahren werden.

Alle diese Forderungen stehen auf lange Sicht mit dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht in einem Konflikt, einmal nicht forstwirtschaftlich, wie das schon belegt wurde, weil ein solcher Wald die wertvollsten Hölzer liefert und seine Gesundheit ohne menschliche Hilfe am besten bewahrt; aber auch gesamtwirtschaftlich besteht dieser Konflikt nicht; auch der Tourismus lebt von vielfältiger Landschaft und von schönen Wäldern, und die Attraktivität einer Gegend für die Wohnbevölkerung hängt nicht zuletzt von der Pflege ihres Waldes ab. Zudem darf erwartet werden, dass die ständige Preissteigerung für andere Energieträger wie für andere Baumaterialien den Wald auf

lange Sicht immer wirtschaftlicher macht und dass wir nur in einer kurzfristigen wirtschaftlichen Depression stehen, um derentwillen wir nicht die langfristige Zukunft unseres Waldes gefährden dürfen.

Ich komme zum Schluss:

Ich bin der Meinung, dass ein naturnaher Waldbau unter Berücksichtigung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes der einzig mögliche Weg für unser Land ist. Dafür vermehrt Mittel einzusetzen, ist sicher eine lohnende Investition. Wenn aber diese Politik verfolgt werden soll, dann muss sie in einer Demokratie vom Stimmbürger getragen werden. Nach meiner Meinung haben alle jene, denen eine gute Forstpolitik am Herzen liegt, zu wenig politisches Gewicht. Es ist an ihnen, sich vermehrt Gehör zu verschaffen und für ihre Anliegen Eingang und Unterstützung zu finden in den politischen Parteien und in den Verbänden. Die Förster allein sind eine Gruppe, die auf viel Kredit und hohes Ansehen zählen darf; es sind ihrer aber zu wenige, um ohne Unterstützung breiter Kreise eine gesunde Forstpolitik in der Schweiz zu verwirklichen.



Abbildung 4. Mittelwald der Korporation Birmensdorf im «Moos». Das Unterholz besteht aus Laubholz-Stockausschlägen, darin zerstreut stehen starke Oberholzbäume von Nadel- und Laubhölzern. Der wirtschaftliche Ertrag dieser Bestände ist gering, ihr ästhetisch-ökologischer Wert ist aber gross (reiche naturnahe Baumartenmischung, üppige Begleitflora, ausgezeichneter Bodenzustand, artenreiche Tierwelt, bunte Verfärbung im Herbst). Die Mittelwälder sind seit vielen Jahrzehnten vielerorts durch Kahlschlag und Auspflanzung zum Teil in reine Kunstbestände umgewandelt worden. (Photo Institut für Waldbau ETH Zürich)

A propos de politique forestière suisse

Comme non-initié, mais en tant que politicien intéressé à la forêt, et ceci avec une franchise réjouissante, l'auteur présente des objections concrètes à certaines mesures sylvicoles et économiques. Ainsi il attire l'attention sur de grosses coupes rases dont l'origine n'est pas un coup de vent et qui sont en contrariété avec les lois forestières, et sur des monocultures d'épicéa y relatives. Il pense que l'accessibilité de nos forêts est assurée par un réseau de routes trop dense et rejette le goudronnage, parce qu'ainsi les chemins pédestres disparaissent. Dans certaines contrées, des coupes rases sont effectuées pour laisser place à des constructions, ce qui est de nouveau contraire aux lois. Enfin, le paysage est appauvri par l'extermination de petits bois et bosquets.

Il ne faut pas omettre que la conjonction de prétentions économiques et non-économiques entraîne des conflits pour le propriétaire de forêts. Ainsi une contradiction survient lorsque des corporations publiques, qui entreprennent des actions généreuses pour le maintien de l'environnement ou servent la santé du peuple ou sa culture, essayent de tirer des recettes aussi hautes que possibles de leurs forêts. L'auteur reconnaît que les propriétaires ne sont pas assez indemnisés pour leurs prestations sociales, et ceci par ceux qui en profitent. Pour la gestion des forêts et la politique forestière futures, il pose de claires revendications:

1. Les autorités sont responsables de la forêt.
2. Le but principal de notre politique forestière doit être la sauvegarde de la fonction sociale de la forêt.
3. La fonction sociale de la forêt doit être prise en charge par la communauté.
4. En outre, quelques postulats sont énoncés:
 - la diversité du paysage doit être maintenue par de petits bois, bosquets, haies;
 - la qualité de la forêt sera améliorée par des peuplements sains et étagés et par des routes naturelles et des sentiers;
 - le cheptel de gibier doit être limité afin de permettre le rajeunissement naturel des forêts;
 - les autorités doivent protéger la forêt conséquemment contre les demandes de coupes rases; la forêt doit être conservée dans sa répartition régionale;
 - pour assurer un état sain et fonctionnel de la forêt, une obligation d'exploiter est à introduire, pour laquelle les fonds publics indispensables seront mis à disposition;
 - les routes forestières doivent être interdites à la circulation.

Compte tenu des diverses fonctions, une sylviculture aussi naturelle que possible est le seul chemin envisageable. Les intérêts de l'économie forestière doivent bénéficier d'un poids politique plus fort, afin de mener à bien une politique forestière efficace.

Traduction: P. Mühlemann